

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 12

Artikel: Auf Dauer angelegt : Chinas wirtschaftspolitischer Kurs von heute ist keine neue Willkür, sondern die Abkehr davon
Autor: Chen, C.J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093906>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Chinas wirtschafts-
politischer Kurs von heute
ist keine neue Willkür,
sondern die Abkehr davon**

Auf Dauer angelegt

Eine Untersuchung von C. J. Chen

Unser China-Experte Dr. Chen hatte im ZeitBild Nr. 6/80 die Frage aufgeworfen, ob der neue Kurs Chinas anhalte. Aus grundsätzlichen politischen Überlegungen ist diese Frage zu bejahen. Zwei Motive stehen dabei im Vordergrund. Erstens hat jeder Kurs Bankrott gemacht, der die Gesamtentwicklung aus ideologischen Wunschbildern heraus bestimmen wollte. Zweitens ist

die nationale Sicherheit, ein Hauptanliegen unter jedem Kurs, ohne entsprechende wirtschaftliche Leistung nicht mehr ausreichend zu gewähren.

Heute äussert sich C. J. Chen in einer wirtschaftspolitischen Untersuchung zur gleichen Thematik. Eine Analyse der vorangegangenen zwei Jahrzehnte zeigt, dass der politische Despotismus die Wirtschaft in

eine Anomalie zwang, die ganz einfach nicht mehr tragbar war. Und eine Analyse der heutigen Wirtschaftsentwicklung zeigt, dass sie auf einer endgültig gemeinten Abkehr von früheren politischen Vorstellungen gründet und dementsprechend angelegt ist. Zusammen ergibt das immer noch keinen Garantieschein, wohl aber ein Angebot an bestmöglichen Sicherheiten.

1958 bis 1976: Sprung für Sprung ins Fiasko

Sehen wir uns das wirtschaftliche Versagen Chinas zwischen 1958 und 1976 (Maos Tod) näher an.

Eigentlich hatte schon der achte Parteikongress von 1956 nach Abschluss der sogenannten «sozialistischen Umgestaltung» festgestellt, die Widersprüche (d. h. die Gegensätze) zwischen Proletariat und Bourgeoisie seien «im wesentlichen gelöst» (d. h. aufgehoben), und die jahrtausendealte Geschichte der Klassenausbeutung sei im wesentlichen abgeschlossen. Damit war grünes Licht für eine tatkräftige Entwicklung der Produktion gegeben.

Aber dann wurde jenem achten Parteikongress 1958 eine zweite Tagung hinzugefügt, auf der Maos linksorientierte Linie triumphierte und alle zuvor gewonnenen Einsichten hinwegschwemmte. Zwanzig Jahre Erfolglosigkeit im wirtschaftlichen Aufbau nahmen hier ihren Anfang.

Die «falsch verstandene» Liberalisierung wird liquidiert

Nach 1956 hatte man zunächst den Klassenkampf tatsächlich eingedämmt. Mao gab 1957 die Losung aus: «Lasst hundert Blumen nebeneinander blühen, lasst hundert Schulen miteinander wetteifern.»

Wenigstens im Hinblick auf eine Verbesserung der Parteiarbeit wollte man auf freie Meinungsäusserungen hören.

Nun aber blieben viele Intellektuelle nicht bei dieser enggefassten Zweckdienlichkeit stehen. Sie gingen weiter und warfen das Problem von Freiheit und Demokratie auch ausserparteilich auf. Sie tra-

ten für Meinungsfreiheit ohne Vorbedingung ein und forderten ein System von zwei oder mehreren Parteien.

So hatte das die Parteiführung nicht gemeint. Sie holte zum Gegenschlag aus. Den Intellektuellen wurde zunächst «Masslosigkeit» vorgeworfen, und schon bald sprach man von einem «Angriff der Bourgeoisie gegen Proletariat und Sozialismus».

Die persönlichen Folgen waren gross. Rund 400 000 Leute, welche freiheitliche Losungen ausgegeben oder unterstützt hatten, wurden als sogenannte «Rechtselemente» abgestempelt. Man behandelte sie von nun an gleich wie die Grossgrundbesitzer, Grossbauern und Konterrevolutionäre, indem man sie zu Objekten der «Diktatur des Proletariats» machte. Sie sollten jene nominelle Diktatur nicht mehr ausüben, sondern erfahren, in der völligen Rechtlosigkeit besiegter Feinde.

Unter diesen Umständen war 1958 von gelösten Klassengegensätzen keine Rede mehr. Jene zweite Tagung des achten Parteikongresses machte die diesbezüglichen Thesen rückgängig und erklärte, der Klassenkampf sei und bleibe das erste Glied der Kette; von ihm hänge alles andere ab.

Brechstange für Vollkommunismus

Tatsächlich liess man es aus Aerger über die geistigen Ansprüche der Intelligenzia nicht einmal beim Klassenkampf im bisherigen Verständnis bewenden, sondern weitete ihn auf neue Kriterien aus. Die Politik der «drei roten Banner» wollte sich lediglich auf die Arbeiterklasse, die Kleinbauern und die so-

genannten «armen Mittelbauern» abstützen; die lästigen Intellektuellen drängte man hinaus.

Aus dem vermeintlichen Missverständnis der Hundert-Blumen-Bewegung zog man die ebenso vermeintliche Lehre, dass man sich durch einen gewaltsam beschleunigten Uebergang von der sozialistischen zur kommunistischen Gesellschaft vor Rückschlägen sichern müsse. In diesem Sinne galten insbesondere die Volkskommunen als «Brückenträger» des Uebergangs.

Die Intellektuellen zogen ihrerseits ebenfalls die Lehre aus ihrer bitteren Erfahrung: Sie schwiegen sich aus, mochten die ideologischen Losungen von oben noch so sehr jeder Wissenschaftlichkeit spotten. So kam es, dass keinerlei Fachkritik laut wurde, als man beispielsweise die «kleinen Hochöfen» auf dem Land einführte, um die Stahlgewinnung nach sogenannter «einheimischer Methode» dorfwweise zu betreiben. Die Behörden, die sich die Ohren gegen «feindliche Einflüsterungen» zuhielten, bekamen nicht einmal mehr freundschaftliche Ratschläge zu hören, und China wurde zum Lande der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Wer rational denkt, gehört nicht in die Partei

Zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung ausserhalb der Partei kamen 1959 die Säuberungen innerhalb der Partei selbst.

Zu den Führungskräften, die mit der Politik der «drei roten Banner» nicht einverstanden waren, gehörte Marschall Peng Dehuai, Verteidigungsminister, Politbüro-Mitglied und Vizeministerpräsident. Nach einer Reise durch etliche Provinzen hielt er auf einer Sitzung des erweiterten Politbüros in Lushan eine Rede, die auf ein Gegenreferat hinauslief: Die verzettelte Stahlgewinnung habe als Verschwendung von Arbeitskraft, Material und Geld schon bisher 2 Milliarden Yuan an Verlusten «inge-

bracht». Politische Prinzipien seien als gedankliche Richtlinien gut, aber untauglich dazu, ökonomische Gesetze und wirtschaftliche Massnahmen zu ersetzen. Ebenso wenig gehe es an, revolutionäre Ideale an die Stelle seriöser Arbeit treten zu lassen. Und den schlagartigen Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus verwarf Peng insgesamt als unmöglich.

Einige Redner schlossen sich Peng an und kritisierten die Führung wegen «linksradikalem Opportunismus».

Mao brauchte ein paar Tage, um sich von seiner Verblüffung zu erholen. Dann kontierte er damit, dass er seinen Kritikern seinerseits Rechtsopportunisten vorwarf, sie mit Chruschtschow und Tschiang Kai-schek verglich und gleich auch eine Verbindung unterstellte. Im internen Klassenkampf seien die «Rechtselemente» der Bourgeoisie zugehörig.

Solche gefährlichen Anschuldigungen schüchterten jene ein, die Peng unterstützt hatten. So wuchs seine Isolierung, bis einen Monat später die achte Plenartagung des achten Zentralkomitees ihren «Beschluss über den parteifeindlichen Block mit Peng

an der Spitze» fasste. Man entliess Peng aus seinen Aemtern und machte Lin Biao zu seinem Nachfolger.

Der Beschluss war nicht das Ende, sondern erst der Anfang vom Kampf gegen den «Rechtsopportunisten». Man weitete ihn zu einer Kampagne aus, die sich zwischen 1959 und 1961 im ganzen Lande ausdehnte. Führungskräfte jeder Stufe, die sich in ihrer Arbeit um Sachlichkeit bemüht hatten, sahen sich schwerer Verfolgung ausgesetzt.

Selbstkritik Maos und «Regulierungskurs»

Ausgerechnet in jener Periode wurde das Land von zusätzlicher Unbill heimgesucht. Zum einen folgten einander Naturkatastrophen von beträchtlichem Ausmass drei Jahre lang. Zum andern verletzte Chruschtschow eine Reihe von Aufbauverträgen, worauf China die Abtragung seiner Schulden gegenüber der Sowjetunion forcierte, um aus der äusseren Abhängigkeit herauszukommen.

Alles in allem war China bis 1961 in äusserster Not geraten. Endlich sah sich Mao im Juni 1961 zu

einer Selbstkritik gezwungen, die er im Januar 1962 bei einer erweiterten zentralen Arbeitstagung vor 7000 Anwesenden wiederholte.

Nunmehr beauftragte man eine Gruppe von Spitzenpolitikern, die Verhältnisse mit einem «Regulierungskurs» zu sanieren.

Unter dem Vorsitz von Staatspräsident Liu Shaoqi bemühten sich darum Zhou Enlai (Ministerpräsident), Chen Yun (u. a. zuständig für Investbau) und Deng Xiaoping (heute der inoffiziell erste Mann des Landes, damals Generalsekretär der Partei). Tatsächlich gelang es ihnen, zwischen 1962 und 1965 die Wirtschaft wieder etwas anzukurbeln.

Zur selbstverschuldeten kritischen Situation im Innern kamen damals noch ungünstige internationale Beziehungen hinzu. Die für China relevanten Mächte gehörten mehr oder weniger ausgesprochen zum Feindlager: USA, UdSSR, Japan und Indien.

Für die Männer der Reform galt es zu handeln, um den Leuten von oben bis unten wieder die Lust an der Leistung zurückzugeben. Generell geschah es dadurch, dass man der Politik der «drei roten Banner» absagte und mittels Parteischulung für Kader wenigstens die seit 1958 abgewürgte innerparteiliche Diskussion neu belebte.

Die konkreten wirtschaftlichen Massnahmen dieser vier Jahre 1962 bis 1965 entsprachen den Geboten der wirtschaftlichen Vernunft. Man gab den bäuerlichen Kommunemitgliedern kleine Privatparzellen, die sie zu eigenem Profit bearbeiten konnten, man förderte das häusliche Nebengewerbe, das man zuvor als kapitalistische Bereicherung verschrien und lahmgelegt hatte, man eröffnete freie Märkte.

Die Betriebe, bisher sture Empfänger sturer Befehle, erhielten nunmehr ihre eigene Verantwortung für Gewinn und Verlust zugewiesen. Auf dem Lande gab es die dreiteilige Verwaltungs- und Eigentumsgliederung Volkskommune, Produktionsbrigade, Produktionsgruppe. Hier wertete man die unterste Stufe, die Produktionsgruppe, auf und machte sie aus einem blossen Vollzugsorgan zur eigenen Rechnungseinheit, so dass sich ein guter Abschluss für die Mitglieder der Gruppe wieder zu lohnen begann.

So schien China auf dem guten Weg. Aber die Schwierigkeit bestand darin, dass ihn Mao selbst trotz seiner Selbstkritik nie anders denn als Nothelf begriff und ihn keinesfalls in ein Streben nach «kapitalistischer» Prosperität münden lassen wollte. Was er sah, waren nur Etappen des Klassenkampfes bis zum sozialistisch-kommunistischen Endziel, und mit der Einsicht, dass selbst (revolutionäre Massen) essen müssen, um zu leben, war seine Konzessionsbereitschaft auch schon erschöpft.

Und während die fähigsten Männer seines eigenen Regimes damit beschäftigt waren, die darniederliegende Wirtschaft zu sanieren, warnte Mao immer nur vor einer Gefahr: der angeblich drohenden Restaurierung des Kapitalismus, und verkündete Lösungen «revolutionärer Wachsamkeit».

Es war in dieser Beziehung nur folgerichtig, dass Mao seine «Wachsamkeit» bald genug auf jene führenden Genossen zu konzentrieren begann, die bestrebt waren, die Bevölkerung auf allen Stufen materiell daran zu interessieren, dass es Land und Leuten besser gehe. Mao hatte die schlimmste aller Schreckensvisionen: die «Machthaber auf dem kapitalistischen Weg innerhalb der Partei».

Mao rebelliert gegen seine Partei: Kulturrevolution

So kam es, dass Mao in einer paradoxalen Revolte gegen den eigenen Machtapparat 1966 die sogenannte «proletarische Kulturrevolution» antrieb.

Die von ihm verfasste «Mitteilung vom 16. Mai 1966» forderte die «gänzliche Entlarvung... der Bourgeoisie-Vertreter, die sich in Partei, Regierung und Armee (...) eingeschlichen haben». Es handle sich um eine Menge von konterrevolutionären Revi-

SOWJETUNION intern

Bulletin des Instituts für Sowjet-Studien

herausgegeben von Nikolaj Nor-Mesek und Wolfgang Rieper

Jahrgang 1979

1/79 DER OBERSTE SOWJET DER UDSSR

der 10. Legislaturperiode – 294 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-179-8

2/79 DER MINISTERRAT DER UDSSR

150 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-279-4

3/79 DER APPARAT DES ZENTRAKKOMITEES DER KPDSU

ca. 250 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-379-0

4/79 DAS MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER UDSSR

– ca. 150 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-479-7

5/79 DAS VERTEIDIGUNGS-MINISTERIUM DER UDSSR

3. Teil – ca. 220 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-579-3

6/79 DIE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UDSSR

1. Teil – ca. 400 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-679-X

REGISTER DER «SOWJETUNION intern» 1979

ca. 200 Seiten, Ln. – ISBN-3-88564-779-6

ERGÄNZUNGEN 1/80 bis 4/80

Bandpreis DM 320.–, im Abonnement DM 290.– (zuzüglich Versandkosten). «ERGÄNZUNGEN» pro Heft DM 36.–, an Abonnenten kostenlose Lieferung.

Bestellungen über Institut für Sowjet-Studien
Referat Dokumentation/Information
Postfach 970101
D-6000 Frankfurt am Main 97

sionisten, die nur darauf warteten, die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur der Bourgeoisie umzuwandeln.

Dann schrieb Mao selbst die Wandzeitung mit der berühmten Schlagzeile «Die Kommandantur mit Kanonen beschliessen».

Dieser doppelte Aufruf war sozusagen der Mobilisationsbefehl zur Kulturrevolution. Mit dieser Rechtfertigung wurden nunmehr die «Roten Garden» gebildet, die ihrerseits gegen die «Machthaber auf dem kapitalistischen Weg» rebellierten: zum Teil bald ausserhalb jeder Kontrolle, aber grundsätzlich durchaus mit dem Segen von Mao.

Für seine ebenso eigenartige wie einzigartige Rebellion brauchte Mao selbstverständlich auch höhere Hilfskräfte. Hier sahen seine Frau Jiang Qing und der damalige Verteidigungsminister Lin Biao ihre Chance, den eigenen Machthunger zu sättigen, und zwar auf Kosten der Kollegen, die entmachtet wurden.

Verelendung des ganzen Volkes

Die Säuberungen machten keineswegs bei den Spitzenpolitikern wie Liu Shaoqi, Deng Xiaoping, Chen Yun usw. halt, sondern breiteten sich zu ungeheuren Lawinen aus. Ihnen fielen bis zum Schluss

neunzig Prozent aller amtierenden Kader auf allen Ebenen zum Opfer.

Aber der eigentliche Leidtragende war das Volk, das man wieder auf das Existenzminimum setzte, weil alles, was man zur Hebung von Leistung und Lebensstandard getan hatte, als «kapitalistisch» definiert wurde. Die erfolgreichen Regulierungsmassnahmen von 1962 bis 1965 wurden unter der Parole «Schneide die kapitalistischen Schwänze ab!» rückgängig gemacht. Direkt gegen die Produktion gerichtet war die unsinnige Losung «Produziert nicht für die falsche Linie!». Die Entwicklung des Aussenhandels wurde als «Anbetung des Ausländischen» verurteilt, die moderne Technik als «Verwestlichung».

In der Kampagne «Kampf gegen den Eigennutz» wurde unter «Eigennutz» das Bedürfnis verstanden, für erbrachte Leistung auch entsprechend entlohnt zu werden. Damit hatte niemand mehr ein persönliches Interesse daran, gute Leistungen zu erbringen. Zwischen dem verkündeten «kollektiven Interesse» und dem persönlichen Interesse der Werktätigen tat sich ein Gegensatz auf, und wer immer ihn verkiten wollte, wurde als Revisionist verfolgt. Darunter litt die Arbeit von Millionen von Individuen ebenso wie das Sozialprodukt insgesamt. Die Volkswirtschaft wurde für zehn Jahre zum Stillstand gebracht.

genz, welche die alte Gesellschaft erlebt hat, sind bereits zu einem Teil der Arbeiterklasse geworden. (...) Die arbeitsfähigen Kapitalisten sind grösstenteils zu (...) Werkträgern geworden, die von ihrer Arbeit leben.»

Schlüssel zum Aufbau in Landwirtschaft und Industrie: Gib jedem seine Kompetenz

Bei den «ökonomischen Gesetzmässigkeiten», die man endlich respektieren will, geht es vor allem darum, die Leute materiell an Leistung zu interessieren. Organisatorisch heisst das, dass Betriebe und Betriebseinheiten selber für ihre Arbeit verantwortlich sein sollen und von einem guten Ergebnis direkt profitieren müssen. Die Initiative soll nicht länger bestraft, sondern belohnt werden. Die Umstellung betrifft Landwirtschaft, Industrie und Aussenwirtschaft.

Die erwähnte ZK-Tagung vom Dezember 1978 nannte die «energische Wiederherstellung der Landwirtschaft» die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Hebung des Lebensstandards überhaupt.

Das Hauptrezept hierzu besteht in einer Aufwertung der unteren Einheiten gegenüber der Volkskommune und der anonymen Staatsverwaltung:

«Die Gesetze des Staates müssen das Eigentum und die Entscheidungsbefugnisse der Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen wirksam schützen. Es ist nicht gestattet, Arbeitskräfte, Geldmittel, Produkte und Materialien unentgeltlich zu benutzen oder sich anzueignen. Die Instanzen der Kommune müssen auf allen Ebenen das sozialistische Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung‘ strikt durchführen, die Arbeitenden nach Quantität und Qualität ihrer Arbeit belohnen und die Gleichmacherei überwinden. Die kleinen Privatparzellen der Kommunemitglieder, das häusliche Nebengewerbe und der freie Markt sind eine notwendige Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft; darin darf niemand willkürlich eingreifen.»

Von den drei Organisationsstufen Volkskommune, Produktionsbrigade und Produktionsgruppe soll die Gruppe «als grundlegende Rechnungseinheit» respektiert werden.

Interessant ist es, dass Partei und Regierung nichts dagegen haben, wenn der eine Bauer rascher wohlhabend wird als der andere. Sie rufen sogar ausdrücklich zu dieser «Differenzierung» auf, die als Ansporn wirke und eine Triebkraft zur Sozialproduktion insgesamt darstelle. Dies sei der beste Weg, um sich dem allgemeinen Wohlstand anzunähern.

Wer, so lautet nun die Argumentation, aus Privat-

Gegenwart: Schritt für Schritt zum Erfolg

Die langjährige Stagnation der chinesischen Wirtschaft hatte drei Hauptursachen: den überzogenen Klassenkampf, die ohne Rücksicht auf ökonomische Gesetzmässigkeiten erlassenen Massnahmen und schliesslich die «Politik der geschlossenen Türen» gegenüber allem Ausländischen, und sei es auch nur technischer Natur.

Eine glaubhafte Abkehr davon ist einfach unerlässlich, wenn von wirtschaftlichem Aufbau und von Modernisierung die Rede sein soll.

Absage an den Klassenkampf

Die ZK-Plenartagung vom Dezember 1978 beschloss, die Parteiarbeit auf die «sozialistische Modernisierung zu verlagern». Gleichzeitig stellte sie fest, dass «die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen» sei (d. h. nicht in ideologischen Glaubenssät-

zen), und erklärte den Klassenkampf «im wesentlichen für beendet».

Eine weitere Losung galt der Berichtigung alter Fehler. Eine personelle Konsequenz davon war zunächst die Rehabilitierung von Säuberungsoffern, verstorbenen (Liu Shaoqi, Peng Dehuai) so gut wie lebenden (Deng Xiaoping, Chen Yun u. a.). Sie erfolgte schrittweise. Deng und Chen sind inzwischen die Hauptexponenten des heutigen wirtschaftsorientierten Kurses geworden.

Im Juni 1979 widersprach Deng Xiaoping (von Parteichef Hua Guofeng sekundiert) schon frontal der Konzeption einer fortbestehenden antagonistischen Klassenstruktur:

«In den vergangenen dreissig Jahren hat sich die Klassenstruktur unserer Gesellschaft grundlegend gewandelt. (...) Unsere Intellektuellen, einschliesslich der überwiegenden Mehrheit der alten Intelli-



Oben: Schweinefleisch auf einem Landmarkt. Hier können die Bauern die Produkte ihrer privaten Kleinviehhaltung zum eigenen Profit verkaufen.



Rechts: Deng Xiaoping bei seiner Rede vom 15. 6. 79: Schluss mit dem Klassenkampf.

parzelle und häuslichem Nebengewerbe im persönlichen Interesse seine Einkünfte steigert, dient zugleich dem Interesse der ganzen Gesellschaft. Der Staat hat Steuereinkünfte aus dem Verkauf der Produkte, die Staats- und Kollektivbetriebe erzielen Verarbeitungsgewinne, die Städte erhalten ein besseres Angebot, und falls die privat produzierten Güter exportiert werden, kommen noch Deviseneinnahmen hinzu.

Bei aller Aufmunterung zu persönlicher Bereicherung hält man freilich am kollektiven Eigentum fest und untersagt das Einkommen ohne Arbeit. Auf «ihre» Privatparzellen haben die Kommunemitglieder lediglich ein nicht übertragbares Nutzungsrecht; die familienweise zugeteilten Gärten dürfen weder verpachtet noch verkauft werden, und jegliches Nebengewerbe muss ohne fremde Arbeitskräfte betrieben werden.

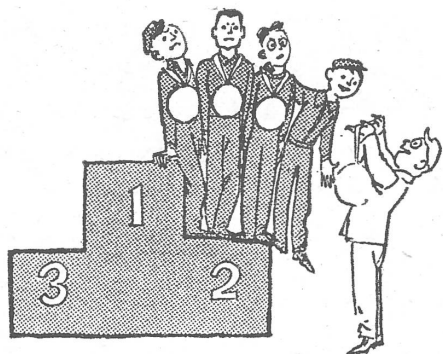
Die Förderung der Initiative hat sich gelohnt. Die landwirtschaftliche Produktion verzeichnete in den beiden letzten Jahren Wachstumsraten von 8,9 und 8,6 Prozent.

Das übernommene Hauptübel der chinesischen Industrie ist die Machtkonzentration bei der Verwaltungsstruktur. Produktion, Zulieferung und Absatz der staatlichen Betriebe unterstehen insgesamt der Kontrolle zentraler Instanzen. Der Spielraum der Lokalbehörden und der einzelnen Betriebe selbst ist minim. Das gilt auch für die Finanzen. Alle Einnahmen gehen an den Gesamtstaat, der wiederum nach seinem Befinden den Betrieben ihre Mittel zuteilt. Und das in einem Riesenland mit Zehntausenden von Betrieben, die unter den verschiedensten Bedingungen arbeiten müssen.

Warum arbeiten unnötig viele Betriebe mit Verlust? Weil ihn der Staat trägt, und weil die Entlohnung – vom Direktor bis zum Hilfsarbeiter – von ihm nicht betroffen wird. Warum ist die Qualität vieler Bedarfartikel schlecht? Weil der Staat die Konsumgüter ungeachtet ihrer Qualität aufkauft. Warum häufen sich an einem Ort unbenützte Rohstoffe, während am andern Ort ein akuter Mangel besteht? Weil die zentrale Zuteilung unweigerlich nach einer Schablone erfolgt und nicht nach dem jeweiligen Bedürfnis.

Nach dem im Dezember 1978 bestätigten Richtlinien geht man jetzt daran, die Verwaltungsstrukturen so zu reformieren, dass man den Betrieben mehr Kompetenzen einräumt.

Der Staat bestimmt weiterhin die Produktionsaufgaben, aber um den Verkauf ihrer Produkte sollen sich die Betriebe vermehrt selber kümmern. Auch will man den Betrieben finanzielle Mittel zum Gebrauch nach eigenem Ermessen überlassen: Was nach Entrichtung der Steuern, Rückzahlung von



Chinesische Karikaturen geißeln nicht länger die private Profitsucht, sondern vielmehr die falsche Nivellierung.

«Alle auf dem 2. Platz.» («Beijing Rundschau», Beijing/Peking, 13. 5. 1980.)

In einer Erläuterung fügt die Zeitschrift bei, die Zeichnung richte sich gegen die «Tendenzen zur Gleichmacherei bei der Prämienvergabe». Unter Mao hatte man es anders gesehen.

Kredit und andern vorrangigen Abgaben an den Staat übrigbleibt, kann für produktionsfördernde Investitionen, für Sozialleistungen und nicht zuletzt für Leistungsprämien verwendet werden. Und solange die vorgeschriebene Planproduktion nicht vernachlässigt wird, kommt noch eine weitere Möglichkeit hinzu: Ein Betrieb kann eine zusätzliche Produktion aufnehmen, für die er einen Markt gefunden zu haben glaubt. Das dient gleichzeitig seiner eigenen Kasse und der verbesserten Bedarfsdeckung im Land.

Die Umstellung ist natürlich erheblich und braucht Zeit. Man hat sie bis jetzt als Experiment in verschiedenen Landesteilen vorgenommen. Bei 2963 Betrieben; das sind 8 Prozent aller Betriebe, aber sie kommen für 30 Prozent des gesamten Produktionswertes auf. Die bisherigen Erfahrungen sind gut. Nach der Kompetenzerweiterung konnten notorische Verlustbetriebe wieder einen Gewinn ausweisen.

Insgesamt war die industrielle Zuwachsrate in den letzten beiden Jahren um gut 100 Prozent höher als ursprünglich geplant: 13,5 Prozent für 1978 und 8,5 Prozent für 1979.

Aussenwirtschaft und Technologieimport

In seinen Aussenhandelsbeziehungen ist China vorrangig am Technologieimport interessiert.

Angesichts des Nachholbedarfs ergab sich vor allem 1978 diesbezüglich eine sprunghafte Entwicklung, die in einigen Fällen über das Ziel wirtschaftlicher Gesundung hinausschoss. Der Import bestimmter Anlagen erwies sich als voreilig, weil sie nicht genügend integriert werden konnten und die benötigten Zusatzanlagen fehlten.

Kurzfristig liegen die Prioritäten des Technologieimports bei Projekten, die dringend benötigt werden, wenig Investitionen brauchen und sich schnell amortisieren. Mittelfristig wichtig ist jenes moderne Know-how, das z. B. für Elektronikindustrie benötigt wird. Aber das kostet vorerst mehr, als es unmittelbar einbringt.

So oder so muss der Technologieimport bezahlt werden. Seit China seine Angst vor Auslandsabhängigkeit durch Verschuldung verloren hat, bemüht es sich um Kredite und Kreditstundungen. Aber daneben hat es auch flexible Zahlungsformen entdeckt, auf die es sich vermehrt stützen will.

● Seit dem Juli 1979 gibt es ein Gesetz über «Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Investitionsbeteiligung». Es garantiert dem ausländischen Partner seinen Anteil am Gewinn, der nach Abzug vertraglich vereinbarter Verpflichtungen ins Ausland transferiert werden darf. Der prozentuale Investitionsanteil wird von Fall zu Fall ausgehandelt, soll aber im Minimum 25 Prozent betragen. Steuererleichterungen für die Anlaufphase können beantragt werden. China will sie dann gewähren, wenn der technologische Standard der neuen Werke seinen Wünschen entspricht.

Das Gesetz hat im Ausland starkes Echo gefunden, aber die konkreten Folgen sind klein geblieben. Denn es fehlt an einer detaillierten Ausführungsgesetzgebung. Die ausländischen Unternehmen wollen verlässliche Auskunft über Einkommenssteuern, Gesellschaftsrecht, Grundeigentumsnormen, Patent-, Lohn- und Anlageregelung haben, bevor sie sich engagieren. In Peking hat man zuwenig realisiert, dass es mit einer gesetzlichen Absichtserklärung noch nicht getan ist.

● Kompensationshandel. China baut mit ausländischem Geld und Know-how selber Fabriken oder Bergwerke und zahlt seine Schulden aus der Produktion ab.

● Gemeinschaftsproduktion. Entweder stellt China mit Know-how, Rohmaterial, Halbfabrikaten, Zubehör und Anlagen aus dem Ausland selber Produkte her, oder es vereinbart mit den Partnerfirmen eine arbeitsteilige Kooperation. Die Produkte werden je

nachdem an die andere Partei verkauft oder von beiden Partnern auf dem Weltmarkt abgesetzt, wobei der Gewinn dem eingebrachten Anteil entsprechend aufgeteilt wird.

● Verarbeitungsaufträge. Der ausländische Interessent stellt Technologie, Material und Fachpersonal zur Verfügung, um seine Fertigprodukte möglichst günstig in China herstellen zu lassen.

Noch weiter gehen die Möglichkeiten in vier Zonen der Provinz Guangdong, die an Hongkong grenzt. Dort können ausländische Geschäftsleute seit 1980 sogar eigene Fabriken eröffnen und eigene Unternehmen in Handel, Wohnungswesen und Tourismus aufziehen. Mit dieser geografisch beschränkten Freiheit für direkt kapitalistische Firmen will China seine günstige Konkurrenzlage gegenüber Hongkong ausnützen, denn Löhne, Pachtzinsen, Gewinn- und Haussteuern sind tiefer als dort. Für alle dazu importierten Materialien und Einrichtungen gewährt China Zollfreiheit. Ueber die «kapitalistische Ausbeutung» macht man sich keine Sorgen, denn sie wird ja ihrerseits für die «sozialistische Modernisierung» ausgebeutet.

★★★

Die Wirtschaft, und die Aussenwirtschaft schon gar, braucht eine stabile politische Lage, wenn sie sich entwickeln soll. Von entscheidender Wichtigkeit ist es deshalb, wie die jetzige Führung ihren Kurs politisch dauerhaft abstützen kann. Die Glaubwürdigkeit erfordert vor allem, dass man bei den personellen Konsequenzen nicht auf halbem Wege stehen bleibt. Und tatsächlich ist man im Erneuerungsprozess Schritt für Schritt weitergegangen.

Die (beinahe) letzten für den früheren linksradikalen Kurs mitverantwortlichen Spitzenpolitiker sind dieses Frühjahr entmachtet worden: Wang Dongxing (Vizevorsitzender der Partei), Ji Dengkui (Politbüromitglied und Vizeministerpräsident), Wu De (u. a. Politbüromitglied, früherer Oberbürgermeister von Beijing), Chen Silian (Politbüromitglied, Vizeministerpräsident, früher Kommandant der Militärregion Beijing). Man hat sie im Februar 1980 aus ihren Parteiämtern und im April 1980 aus ihren sonstigen Ämtern entlassen.

Umgekehrt befördert man Exponenten des neuen Kurses. So hat man Hu Yaobang und Zhao Ziyang in den Ständigen Ausschuss des Politbüros gewählt. Das Parteisekretariat, während der Kulturrevolution aufgelöst, ist neu geschaffen worden und untersteht der Leitung von Hu Yaobang als Generalsekretär. Es ist für die Koordinierung von Partei, Regierung und Armee zuständig und dient gleichzeitig als Schaltstelle zwischen der Führungsspitze und den Organisationen der Partei, die 38 Millionen Mitglieder zählt. Neue Vizeministerpräsidenten sind Zhao Ziyang und Wan Li. Entsprechende Beförderungen sind inzwischen bei der Führung von Provinzen und Militärregionen vorgenommen worden und erfolgen nunmehr laufend auch auf den unteren Ebenen. Der ruhige Ablösungsprozess geht ohne die Dramatik von 1976 weiter, aber er ist offensichtlich breit angelegt und erfolgt kontinuierlich.

Die neuen Mitglieder der Staats- und Parteiführung sind im Durchschnitt nur etwa zehn Jahre jünger als die alte Garde, aber in den chinesischen Verhältnissen von heute ist damit trotzdem ein deutlicher Generationenwechsel angekündigt, der weitergeht.

Deng Xiaoping will als Vizeministerpräsident zurücktreten und nur seinen Posten als Stellvertreter der Parteivorsitzender behalten. Er tut das nicht, weil er muss, sondern weil er es sich leisten kann. So sehr er den neuen Kurs auch personifiziert: dieser ist nicht länger auf seine Person allein angewiesen, um sich behaupten zu können.

Es gibt in der Politik keine absolute Garantie. Bis jetzt hat die Führung langsam, aber sicher das Ihre getan, um die Kontinuität ihres Wirtschaftskurses glaubwürdig zu machen. Es besteht kein Anlass, einen Rückschlag zu prognostizieren. ■